

## **Gemeinderatssitzung am 15.05.2018**

**Das Hauptthema der letzten Gemeinderatssitzung war der Entwurf der neuen Kindertagesstätte an der Seitenbachstraße. Außerdem befasste sich der Gemeinderat mit dem Stand des Ökokontos, dem alten Friedhof, der Schöffenwahl für die Jahre 2019 – 2023, der Satzung über die Benutzung der Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünfte und den Kosten der Kanalsanierungen im letzten Jahr.**

### **Planung der Kindertagesstätte Weil-Mitte**

Bürgermeister Wolfgang Lahl begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Architekten Tilman Frirdich und Kurt Franke vom Architektenbüro Frirdich • Widmann + Partner, die den Entwurf der neuen Kindertagesstätte ausgearbeitet haben.

Zunächst erläuterte der Bürgermeister die Hintergründe der Planung. Um auf den hohen Bedarf an zusätzlichen Kindergartenplätzen zu reagieren ist der Neubau einer Kindertagesstätte notwendig. Erfreulicherweise konnte die Gemeinde von der neuapostolischen Kirchengemeinde ein passendes Grundstück zu sehr fairen Konditionen erwerben. Im nächsten Schritt hat eine Arbeitsgruppe aus pädagogischem Personal, Eltern, Verwaltung und Planern den Entwurf für eine Kindertagesstätte mit fünf Gruppen ausgearbeitet. Wo notwendig und sinnvoll wurden bereits Fachbehörden wie das Gesundheitsamt, der Kommunalverband für Jugend und Soziales oder die Brandschutzbehörde eingebunden. Das Büro Dreigrün, mit dem die Gemeinde schon mehrfach bei der Gestaltung von Außenanlagen zusammengearbeitet hat, hat einen ersten Entwurf für die Außenanlagen der Kindertagesstätte ausgearbeitet.

Da der bisherige Bebauungsplan für dieses Grundstück schon eine Gemeinbedarfsfläche vorsieht ist keine Änderung des Bebauungsplanes notwendig. Das geplante Gebäude wird niedriger, als es der bestehende Bebauungsplan zulassen würde. Somit kann ein normales Baugesuchsverfahren durchgeführt werden. Ziel ist, Ende 2018 die Aufträge zum Bau der Kindertagesstätte zu vergeben.

Der Bürgermeister ging darauf ein, inwieweit sich die Planung an Pflichtvorgaben orientiert und ob darin Bereiche vorgesehen sind, die über das absolut Notwendige hinausgehen. Die beiden Räume für die Kleinkindgruppen wurden bewusst um etwa 5 m<sup>2</sup> größer angelegt, als es erforderlich ist. Dadurch gewinnt die Gemeinde Flexibilität, falls später einmal andere Nutzungen notwendig werden. Die jetzige Planung sieht vor, zwei Gruppen für Kinder unter drei Jahren und drei Gruppen für Kinder über drei Jahren zu schaffen. In der Einrichtung wird es Ganztagsbetreuung geben.

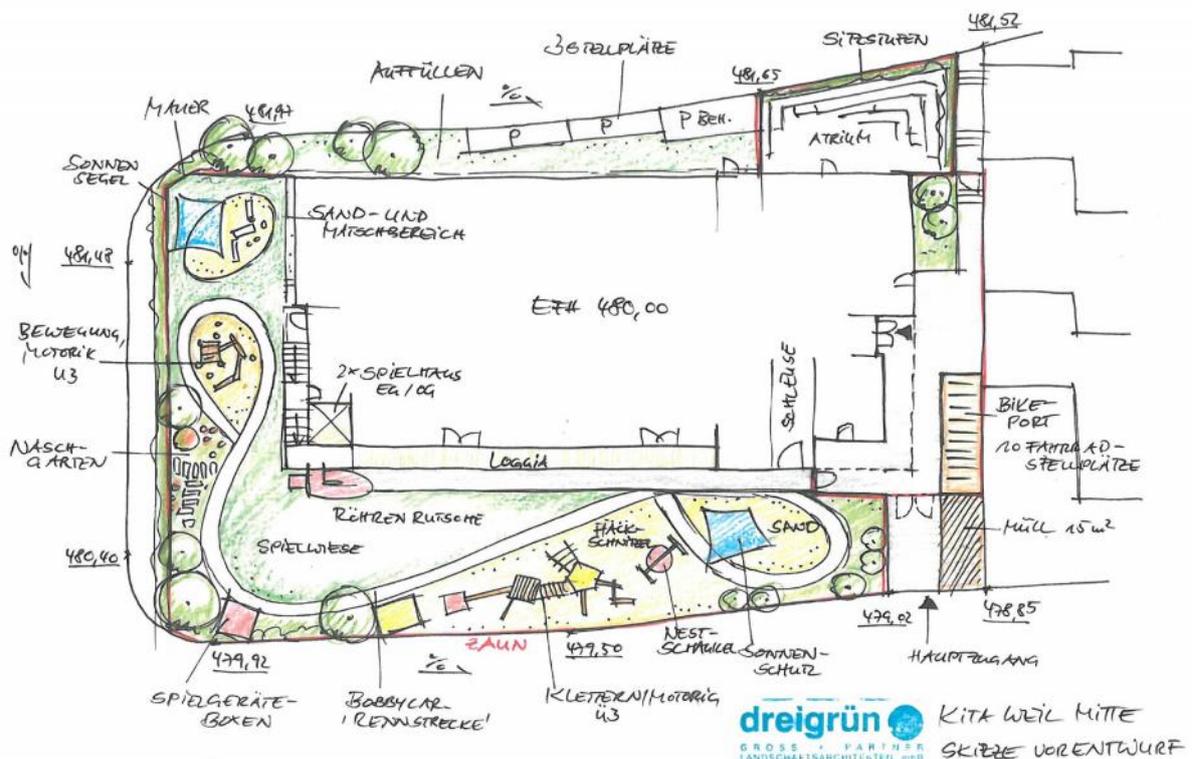
Anschließend stellte Architekt Frirdich den Entwurf des Gebäudes vor. Die Hauptausrichtung der Nutzung ist wegen des Gefälles des Grundstücks im Süden vorgesehen. Das Gebäude wird deshalb in Süd-West-Richtung ausgerichtet werden. Der Zugang ins Gebäude ist an der Ostseite geplant. Die Betreuung der Kinder unter drei Jahren soll im Erdgeschoss stattfinden. Kinder, die älter als drei Jahre sind, werden sich im Obergeschoss aufhalten. Da es sich hier um losgelöste Gruppen und

Angebote handelt sind in beiden Geschossen des Gebäudes Leitungsräume vorgesehen. Im Erdgeschoss der Kindertagesstätte wird es einen als Restaurant bezeichneten Essensbereich geben, der direkt an eine Verteilküche angrenzt.

Die drei Gruppenräume im Obergeschoss werden an der Südseite durch einen Balkon verbunden, der gleichzeitig auch als weiterer Fluchtweg dient. Der Balkon soll außerdem der Auflockerung der Außenansicht dienen und durch eine Röhrenrutsche ein spielerisches Element für die Kinder anbieten. Der Mehrzweckraum im Obergeschoss wurde bewusst etwas größer ausgelegt, damit dort Elternabende stattfinden können.



Bei der Außenanlage ist an der Nordseite ein kleines Atrium geplant, welches direkt an den Essbereich angrenzt. Das gesamte Grundstück muss mit einem 1,2 m hohen Zaun umgeben werden.



Für die neue Kindertagesstätte sind 4 Stellplätze und 1 behindertengerechter Stellplatz geplant.

Die Baukosten bezifferte der Architekt auf insgesamt etwa 4,275 Millionen €. Davon entfallen 2,432 Millionen auf das Bauwerk, etwa 647.000 € auf die technischen Anlagen, etwa 388.000 € auf die Außenanlagen und ungefähr 215.000 € auf die Möblierung. Die Nebenkosten werden etwa 589.000 € ausmachen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl betonte zu den voraussichtlichen Herstellungskosten, dass sich diese im vergleichbaren Rahmen für Neubauten in anderen Gemeinden bewegen. Diese Kosten sind höher als bisher im Haushaltsplan eingeplant. Im Haushalt 2018 müssen die Mehrkosten für die Planung finanziert werden. Ein Teil der Mehrkosten wird voraussichtlich durch den guten Rechnungsabschluss des Jahres 2017 ausgeglichen werden können.

Zum Außenbereich führte der Bürgermeister aus, dass dieser von den Inhalten her deutlich über den Mindeststandards des Kommunalverbands für Jugend und Soziales liegt, weil die verfügbare Außenfläche wesentlich geringer ist als in anderen Kindergärten der Gemeinde.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl begrüßte die vorgelegte Planung, die er als gut bezeichnete. Ein Problem sah er bei dem Zugang zu dem Gebäude, weil bei den vorgesehenen Zugangsbereichen an den Straßen keine Gehwege vorhanden sind. Die Planung der Außenanlagen war für ihn für das vergleichsweise kleine Grundstück überladen. Das Atrium an der Nordseite des Gebäudes sei unnötig.

Bürgermeister Wolfgang Lahl berichtete von Gesprächen mit den Erzieherinnen, dass aus deren Sicht die äußeren Spielflächen wichtig sind und ansprechend sein sollten. Das geplante Atrium wertet den Essbereich auf. So könnten zum Beispiel bei schönem Wetter einige Kinder auch im Freien essen.

Gemeinderat Finger begrüßte die Planung, sah aber in dem vorgestellten Raumkonzept zu viele Räume, die über das Pflichtangebot hinausgehen. Als Beispiel nannte er die geplanten drei Besprechungsräume. Zu den Kosten von 4,275 Millionen gab zu bedenken, dass bis zur Fertigstellung des Gebäudes sicherlich noch kommende Preissteigerungen eintreten werden. Den 1,2 m hohen Zaun um die Kindertagesstätte sah er auch deswegen kritisch an, weil in diesem Baugebiet in jüngerer Zeit durch das Baurechtsamt in vielen Fällen der Rückbau privater Einfriedungen gefordert wurde.

Gemeinderat Kolb sprach ebenfalls die geschätzten Kosten an und gab zu bedenken, dass dies wahrscheinlich noch nicht der letzte Stand sein wird. Auch für ihn stellte sich die Frage, wie viel bei dieser Planung unverzichtbar ist und was als Kür gesehen werden kann.

Gemeinderat Ehrmann störte das geplante Flachdach, weil bei Flachdächern das Risiko von Undichtigkeiten größer ist als bei herkömmlichen Dächern. Ein weiteres Thema war für ihn die Größe des Aufzugs, der zum Beispiel auch bei Einsätzen von Rettungskräften nutzbar sein müsse.

Gemeinderätin Grube-Meißner begrüßte die vorgelegte Planung als sehr gelungen. Ein großer Mehrzweckraum für Elternabende sei unbedingt nötig. Moderne Kindertagesstätten benötigen wegen der stark angestiegenen Dokumentationspflichten mehr Möglichkeiten, schriftliche Arbeiten zu erledigen. Externe Stellen wie das Jugendamt oder der heilpädagogische Fachdienst, die in die Einrichtungen kommen, benötigen unbedingt separate Besprechungsräume für Gespräche mit den Eltern.

Eine Frage von Gemeinderätin Grube-Meister bezog sich darauf, inwieweit die erwartbaren Zuschussmöglichkeiten für das neue Gebäude bereits berücksichtigt werden.

Für Gemeinderat Speidel waren die 5 vorgesehenen Stellplätze zu wenig. Gemeinderat Siegfried Müller sprach an, dass die Zufahrt für Anlieferungen in diesem Gebäude so wie sie jetzt geplant ist schwierig sein wird.

Der Bürgermeister griff in seiner Stellungnahme diese Anregungen und Fragen auf. Die eingeplanten Nebenräume seien alle verpflichtend. Neben den Gruppenräumen sind bei Kindern unter drei Jahren separate Schlafräume notwendig. Ergänzende Bewegungsräume sind ebenfalls Pflicht. Ein Raum, in dem mit unterschiedlichen Werkstoffen gearbeitet werden kann ist mittlerweile in jeder Kindertagesstätte enthalten. Der Raum wurde bereits jetzt festgelegt, um in der weiteren Planung die notwendigen Anschlussleitungen berücksichtigen zu können.

Zu den Nebenräumen für die Beschäftigten führte er aus, dass die in den ersten Gesprächen vorgebrachten Wünsche bereits deutlich reduziert wurden. Da bei fünf Gruppen aber ein großer Personalbestand vorhanden sein wird sind separate Besprechungsmöglichkeiten unverzichtbar. Über das unbedingt Notwendige hinaus ist lediglich der Besprechungsraum mit Eltern für Einzelgespräche im Obergeschoss vorgesehen.

Zur Einzäunung des Grundstücks erläuterte der Bürgermeister, dass hier keine tote Einfriedung durch Mauern geplant ist, wie sie im Baugebiet Steinweg-Süd vielfach anzufinden waren.

Bei der Zahl der Stellplätze erläuterte der Bürgermeister, dass die vorgesehenen insgesamt fünf Stellplätze das baurechtliche Minimum für dieses Gebäude sind. Weitere Stellplätze reduzieren die Spielfläche für Kinder. An die künftigen Beschäftigten in der Einrichtung richtete er bereits jetzt die Erwartung, dass Beschäftigte aus der Gemeinde möglichst zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Einrichtung kommen oder aber am See parken sollen. Er sagte zu, die Schaffung zusätzlicher Stellplätze im Norden des Grundstücks zu prüfen. Generell würde die Frage der Zufahrt zu dieser Einrichtung wie in allen anderen Einrichtungen der Kinderbetreuung auch nicht einfach sein. Es wird deshalb auch hier notwendig sein, die Eltern anzusprechen und auf einen Hinbringen und Abholen der Kinder zu Fuß hinzuwirken.

Zuschüsse wurden noch nicht beantragt und dementsprechend auch noch nicht in die Finanzierung einbezogen. Ein Zuschussantrag kann erst gestellt werden, wenn erste Planungen vorliegen. Deswegen wurden, da hier noch keine definitiven

Zusagen vorliegen, den Ausgaben keine Einnahmen durch Zuschüsse gegengerechnet.

Zum Thema des Aufzugs berichtete der Architekt, Herr Frirdich, dass der Aufzug mit den Maßen 1,80 × 1,60 m die Standardgröße für behindertengerechte Aufzüge ist. Diese Größe sei auch für Rettungsdienste kein Problem, da diese Aufzüge für Klappliegen ausreichen.

Das Thema Flachdach, welches schon beim Anbau an die Gemeinschaftsschule intensiv diskutiert wurde, ist aus Sicht des Architekten beherrschbar, wenn die Herstellung sorgfältig ausgeführt wird. Bei guter Qualität der Ausführung hat ein Flachdach durch die geringere Höhe auch für die Anlieger Vorteile.

Gemeinderat Kolb regte an zu prüfen, ob die Grünflächen im Norden der Berliner Straße nicht in Stellplätze umgewandelt werden können. Gemeinderat Finger ergänzte, dass durch Schrägparker möglicherweise mehr Stellplätze erreicht werden können. Zum Raumprogramm hinterfragte er die Notwendigkeit von zwei Leitungsbüros.

Der Bürgermeister sagte zu, die Anregungen zur Schaffung von mehr Stellplätzen zu überprüfen. Zwei Leitungsbüros sind notwendig, weil diesem Gebäude im Grundsatz zwei unterschiedliche Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren und für Kinder über drei Jahren vorhanden sein werden, die jeweils auch eine Leitungsperson benötigen werden. Angesichts der bei fünf Gruppen hohen Anzahl von Beschäftigten in dieser Einrichtung macht es Sinn, gute Rahmenbedingungen für die Beschäftigten zu schaffen.

Gemeinderat Thomas Müller sah die hohen Kosten aufgrund der funktionellen und flexiblen Planung als vertretbar an. Die Parkplatzsituation und das nördliche Atrium hinterfragte er ebenfalls kritisch.

Gemeinderat Frey begrüßte die Planung und regte zur Parkplatzfrage an, mit der neuapostolischen Kirche Kontakt aufzunehmen. Für das Kirchengebäude der neuapostolischen Kirche müssten ja auch in größerer Zahl Parkplätze angelegt werden, die tagsüber nicht benötigt werden. Unter Umständen könne hier eine Vereinbarung getroffen werden.

Gemeinderätin Himmelein begrüßte die Planung und wies darauf hin, dass der Förderbedarf für Einzelkinder auch in Zukunft stark zunehmen wird. Dies bestätigte der Bürgermeister und betonte, dass dies durch die flexible Nutzbarkeit der Räume unterstützt wird.

Gemeinderat Dauber wies auf den bestehenden Betreuungsbedarf hin und auf den Anspruch der Gemeinde, kinderfreundlich zu sein. Die vorliegende Planung sei gut, zumal das Grundstück sehr gut ausgenutzt werde.

Gemeinderat Breitling hinterfragte, weshalb der Bereich für die Haustechnik räumlich getrennt von dem Aufzug angeordnet wird. Dies begründeten die Architekten damit, dass die unmittelbar bei dem Aufzug liegenden Räume täglich genutzt werden sollten. Die etwas längere Leitungsführung zum Technikraum verursachen keine großen Mehrkosten.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat dem vorgelegten Entwurf der neuen Kindertagesstätte zu und beauftragte die Verwaltung, die Planung weiter auszuarbeiten.

## **Ökokonto der Gemeinde**

Der Bürgermeister begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Strunk vom Büro LarS, der das Ökokonto der Gemeinde betreut. Dieser informierte das Gremium über den aktuellen Stand des Ökokontos, die Prognose zum Bedarf und über die geplanten Maßnahmen zum Auffüllen des Ökokontos.

Zunächst beleuchtete der Planer die bisher umgesetzten Maßnahmen wie den Greifvogelerlebnispfad, die Sanierung der Kammolchtümpel in Neuweiler oder das Alt-und Totholzkonzept im Gemeindewald. Die erst kürzlich erfolgte Sanierung des Schaichhofsees erbrachte knapp 40.000 Punkte für das Ökokonto. Der Bürgermeister dankte an dieser Stelle dem Fischereiverein für den großen Arbeitseinsatz, der nicht nur dem See selber diene, sondern auch einen guten Ertrag für das Ökokonto der Gemeinde erbrachte. Aus diesem Grund übernahm die Gemeinde auch die tatsächlich entstehenden externen Kosten für diese Maßnahme.

Momentan habe das Ökokonto der Gemeinde ein Guthaben von 816.000 Punkten, was als Ergebnis der Maßnahmen eines Jahres sehr gut sei. Wenn die in diesem Jahr geplanten Maßnahmen wie die kürzlich beschlossene Sanierung des Schaichufers am Roten Berg oder die Verbesserung der Durchgängigkeit am Aischbach realisiert werden wird das Ökokonto der Gemeinde zum Jahresende ein Guthaben von etwa 2,6 Millionen Ökopunkten aufweisen. Benötigt werden für die verschiedenen geplanten Baulandentwicklungen etwa 2,8 Millionen Ökopunkte.

Bürgermeister Wolfgang Lahl betonte, dass die Entwicklung des Ökokontos keinerlei Anlass zur Sorge bietet. Allein die in diesem Jahr geplanten Maßnahmen an der Schaich und am Aischbach werden ca. 1,2 Millionen Ökopunkte einbringen. Dies versetzt die Gemeinde dann in die Lage, die Umsetzung der anstehenden Baugebiete konkret anzugehen. Denn inzwischen muss der Ausgleich ökologischer Eingriffe bereits bei der Planung einer Maßnahme konkret nachgewiesen werden.

Der Bürgermeister richtete ein ausdrückliches Lob für die gute Zusammenarbeit an Herrn Strunk und betonte die gute und strukturierte Zusammenarbeit. Besonders vorteilhaft sei aus seiner Sicht, dass die meisten der geplanten Maßnahmen später keinen hohen Pflegeaufwand für den Gemeindebauhof bedeuten werden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl fragte, inwieweit die Reparatur der Wasserableitung beim Steigbrunnen dem Ökokonto zugeschrieben werden könne. Dazu berichtete Ortsbaumeister Ehmman, dass die Verwaltung zu diesem Thema im Gespräch mit der Naturschutzbehörde ist. Voraussetzung ist, dass das der Schaich aus dem Steigbrunnen zufließende Wasser in ökologischer Hinsicht benötigt wird, was momentan durch einen Gutachter überprüft wird. Sollte dies der Fall sein ist die Naturschutzbehörde gesprächsbereit über die Anerkennung dieser Maßnahme für das gemeindliche Ökokonto.

Einstimmig nahm der Gemeinderat den Bericht zum Stand des Ökokontos zur Kenntnis.

### **Sanierung des alten Friedhofs**

Der Bürgermeister berichtete über die Vorberatung im Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss. Da der alte Friedhof immer schwieriger zu pflegen ist und weil die Verwerfungen der Wege Probleme bereiten sollen hier erste Maßnahmen ergriffen werden. Für den alten Friedhof hat der Gemeinderat im Grundsatz die Nutzung als Parkanlage mit der ergänzenden Funktion eines Friedhofs beschlossen. Damit die jetzt notwendigen Maßnahmen im Einklang mit der späteren Planung stehen ist es sinnvoll, eine grundsätzliche Planung auszuarbeiten und mit Kosten zu versehen. Anschließend ist eine Diskussion möglich, wann die Gestaltung des alten Friedhofes umgesetzt werden soll. Eine Rolle spielt dabei auch, dass die Bahnhofstraße und Wilhelmstraße in den nächsten Jahren saniert werden müssen. Diese Maßnahmen sollten sich nicht gegenseitig behindern.

Gemeinderätin Weiß fragte, wann die Planungen dann umgesetzt werden können. Dieses Thema kann erst dann beraten werden, so der Bürgermeister wenn die notwendigen Maßnahmen festgestellt und mit Kosten versehen wurden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl bestätigte, dass am alten Friedhof einige Arbeiten notwendig sind. Es sei aber notwendig, bei den Kosten im Rahmen zu bleiben. Diese Auffassung bestätigte der Bürgermeister, der sich gegen eine überzogene und für eine pragmatische Lösung aussprach.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, den alten Friedhof vorbehaltlich der Finanzierbarkeit als Friedhof mit parkähnlichem Charakter zu sanieren und mit den ersten Leistungsphasen der Planung das Büro Stefan Fromm aus Dettenhausen zu beauftragen.

### **Vorschlagsliste der Schöffen für die Zeit 2019-2023**

Hauptamtsleiter Feitscher berichtete, dass die Gemeinden erneut Vorschlagslisten für die nächste Amtszeit der Schöffen an den Gerichten erstellen sollen. Neben der öffentlichen Werbung für das Schöffenamts im Mitteilungsblatt wurden auch die Fraktionen des Gemeinderats beteiligt. Erfreulicherweise gingen mehr Bewerbungen ein, als die Gemeinde vorzulegen hat. Der Gemeinderat habe nun deswegen die Möglichkeit, entweder über die einzelnen eingegangenen Bewerbungen abzustimmen oder die Vorschlagsliste im Ganzen dem Wahlausschuss im Amtsgericht Böblingen vorzulegen.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, der gesamten Vorschlagsliste für die Schöffen der Jahre 2019-2023 zuzustimmen.

## **Änderung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünfte**

Hauptamtsleiter Feitscher sprach an, dass der Gemeinderat in der letzten Sitzung beschlossen hatte, ein zusätzliches Gebäude für die Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen anzumieten. Um die Nutzungsgebühren erheben zu können ist es notwendig, die Satzung über die Benutzung der Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünfte um das neu hinzugekommene Gebäude und um die ermittelte Nutzungsgebühr zu ergänzen. Die Verwaltung hatte für das Gebäude Schulstraße 6 eine Nutzungsgebühr von 11,98 €/je Quadratmeter errechnet.

Für Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl war die berechnete Nutzungsgebühr zu hoch, denn andere, vergleichbare Objekte dort seien günstiger zu haben. Darauf erwiderte der Bürgermeister, dass der Gemeinderatsbeschluss zu Anmietung bereits getroffen wurde und dass es heute darum gehe, die öffentlich-rechtliche Grundlage für die Erhebung der Nutzungsgebühren zu schaffen. Anders als in privaten Mietwohnungen liege der Gebührenberechnung eine Vollkostenrechnung auf fünf Jahre zugrunde.

Gemeinderat Dauber sprach an, dass der Gemeinderat in seiner Beschlussfassung ein besonderes Kündigungsrecht nach drei Jahren beschlossen hatte. Das bestätigte der Bürgermeister. Das besondere Kündigungsrecht vor der geplanten Nutzungsdauer wurde aber in der Gebührenberechnung nicht berücksichtigt, da die Nutzungsgebühr bei der vorgenommenen Vollkostenrechnung dann noch höher würde und nicht vertretbar wäre.

Mit 16 Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen beschloss der Gemeinderat die Änderung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünfte

## **Kostenfeststellung für die Kanalsanierung 2017**

Ortsbaumeister Ehmann berichtete über die im letzten Jahr vorgenommenen Kanalsanierungen. Zeitgleich mit den Kanalsanierungen hat die Gemeinde Reparaturen an den Kanälen durchgeführt. Ausgeführt wurden die Arbeiten durch die Firma Aarsleff aus Leonberg. Während bei der Kostenberechnung für die Sanierungsmaßnahmen noch Gesamtkosten von etwas über 389.000 € im Raum standen schloss die tatsächliche Abrechnung mit etwas über 327.000 € ab. Ursache für die Kostenunterschreitung dürfte gewesen sein, dass durch die Kombination von Kanalsanierungen mit weiteren Reparaturarbeiten ein so attraktives Paket für die Anbieter entstand, dass der Vergabepreis günstiger wurde als erwartet.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl erkundigte sich nach dem Abrechnungsstand für die Tiefbauarbeiten in der Röte. Die Verwaltung wird diese Angaben nachliefern.

Gemeinderat Siegfried Müller wunderte sich, dass der Kanal in der Oberen Bachstraße bereits saniert werden musste, obwohl er erst 1990 hergestellt wurde. Ortsbaumeister Ehmann führte aus, dass für die Sanierung eines Kanals nicht das tatsächliche Alter, sondern die real vorhandenen Schäden maßgebend sind. Werden Schäden festgestellt ist die Gemeinde verpflichtet, diese zu beheben.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der vorgelegten Abrechnung zu.

### **Bekanntgaben der Verwaltung**

Der Bürgermeister gab bekannt, dass sich die Gemeinde im Rahmen der EU-Initiative WiFi4EU um einen Zuschuss von 15.000 Euro für die Schaffung öffentlicher WLAN-Punkte beworben hat. Da die Förderanträge die verfügbaren Mittel deutlich übertreffen ist nicht sicher, dass die Gemeinde zum Zug kommt.

### **Anfragen aus dem Gemeinderat**

Gemeinderat Kolb berichtete über mehrere Anfragen aus der Bevölkerung, die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes auszuweiten. Die Verwaltung wird diesen Vorschlag an den Abfallwirtschaftsbetrieb weitergeben.

Gemeinderätin Dr. Staber brachte vor ob es nicht sinnvoll ist, die Rostocker Straße mit Inbetriebnahme des neuen Kindergartens in eine Einbahnstraße umzuwandeln. Der Bürgermeister teilte mit, dass diese Frage in diesem frühen Planungsstadium noch nicht geprüft wurde.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.